Überlegungen zu einem "Haus der österreichischen (Zeit)Geschichte"

Stefan Karner

Karner, St. Überlegungen zu einem "Haus der österreichischen (Zeit)Geschichte" [Considerations regarding a "Haus der österreichischen (Zeit)Geschichte"]. *In*: Winkler Prins, C.F. & Donovan, S.K. (eds.), *VII International Symposium 'Cultural Heritage in Geosciences, Mining and Metallurgy: Libraries - Archives - Museums': "Museums and their collections", Leiden (The Netherlands), 19-23 May 2003. Scripta Geologica Special Issue*, **4**: 158-179; Leiden, August 2004.
Stefan Karner, Director of the Institute of Economic, Social- and Business History, University of Graz, Universitätsstraße 15/F/2, A 8010 Graz, Austria (stefan.karner@uni-graz.at).

Key words — Austria, history, 20th century, 'Haus der Geschichte', museum, 'Vergangenheitsbewältigung', economic history, mining.
Schlüsselwörter – Österreich, Geschichte, 20. Jahrhundert, Haus der Geschichte, Museum, Vergangenheitsbewältigung, Wirtschaftsgeschichte, Bergbau.
The installation of a „Haus der Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert" is incorporated in the programme of the Austrian Government, based on a preliminary study by the author. It should be realised in 2006 and will include the history of the Austrian Republic from 1918 to the present, emphasising the history of the First and Second Republic, and the Third Reich. Original sources will be collected and made available to schools, officials, the media and private persons.
The development of Austria is seen as part of the development of Europe and, as such, also as part of the history of the World. Emphasis is placed on subjects to which Austria had an obligation, such as documents on the persecution and killing of Jews, Roma and Sinti, as well as the exile of Austrians from Central European countries. Further, its special position in the 1950s at the Iron Curtain during the Cold War is of interest.
The „Haus der Geschichte der Republik Österreich" will have four aspects, to be discussed in some detail: 1) Museum with exhibitions; 2) Research network; 3) Data storage; 4) Services.
Economic history will be used as an example and in it mining history will have a special place. Local companies, their products and the captains of industry are important for society. So far, little research has been done on important events, such as the gradual change from guided economy to market economy, the influence of the Marshall plan and the „Staatsvertrag", or the availability of raw materials (ore, water, oil, and wood).
The study of the archives of the allied nations (the four occupants, Americans, British, French and Russians) would be of great interest, and company archives in Austria should be studied and preserved. The institutes for economical history are to pay attention to this problem.
Of special interest are the external contacts of the different regions of Austria, e.g., Steiermark and Carinthia with northern Italy and Slovenia; Tyrol and Vorarlberg with southern Germany, northern Italy and Switzerland; Salzburg and Upper Austria with Bavaria; and Lower Austria and Burgenland with Hungary, the Czech Republic and Slovakia.
Schlüsselwörter – Geschichte, 20. Jahrhundert, Republik Österreich.

Inhalt

Einführung 159
Forschung 160
Quellensicherung: "Rettet die Quellen!": eine nationale Aktion zur Sicherung unserer Geschichte 171

Service: Ein "Haus der Zeitgeschichte" als historisches und gesellschaftliches Kommunikationszentrum 174
Literatur 179

Einführung

In 1997 erhielt der Autor vom damaligen österreichischen Vizekanzler Wolfgang Schüssel die Bitte, im Rahmen einer Denkwerkstatt zu Zukunftsfragen Österreichs auch einen Vorschlag zur Errichtung eines "Hauses der österreichischen Zeitgeschichte" zu erstellen. Von den rund 500 Wissenschaftlern und Experten der gesamten Denkwerkstatt arbeiteten u. a. die Historiker Siegfried Beer, Günter Bischof, Günther Burkert-Dottolo, Ulfried Burz, Claudia Fraess-Ehrfeld, Lothar Höbelt, Otto Klambauer, Robert Kriechbaumer, Karel Kubinzky, Reinhard Olt, Roman Sandgruber, Erwin A. Schmidl, Felix Schneider, Johannes Schönner, Gerald Schoepfer und Manfred Wirtitsch an dem im Folgenden beschriebenen, ersten Konzept eines "Hauses der österreichischen Zeitgeschichte" in Wien mit. 1999 folgte schließlich auf Basis dieser Ideen eine vom Autor gemeinsam mit Manfried Rauchensteiner erstellte Machbarkeitsstudie zu einem "Haus der österreichischen Geschichte", die jedoch aus verschiedenen Gründen bis heute noch nicht umgesetzt wurde (Karner & Rauchensteiner, 1999).

Der folgende Beitrag fasst daher die ursprünglichen Ideen für ein "Haus der österreichischen Zeitgeschichte", wie sie auch im Schlussbericht der Denkwerkstatt "Österreich zukunftsreich" anfangs 1999 publiziert wurden, zusammen und stellt sie der interessierten Fachwelt vor (Karner, 1999).

Seit ihren Anfängen kann die österreichische Zeitgeschichtsforschung auf beachtliche Erfolge verweisen, doch konzentrierte sie sich bisher – von wenigen, rühmlichen Ausnahmen abgesehen – auf die Zeit vor 1945. Für die Zweite Republik bestehen erhebliche Lücken sowohl in der thematischen Forschung wie hinsichtlich der Sicherung und Aufarbeitung von Quellen. Hier ist wissenschaftliche "Aufholarbeit" zu leisten, um gravierende Lücken zu schließen, zugleich zukunftsorientiert Defizite zu vermeiden (Quellensicherung) und so eine solide Basis für zukünftige Forschungen zu schaffen. In diesem Sinne regen wir die Einrichtung eines "Hauses der Zeitgeschichte" an.

Dieses "Haus der Zeitgeschichte" versteht sich als historisches Kommunikationszentrum zwischen Forschung und Publikum, als Ort der öffentlichen Diskussion, als Initiative zur Quellensicherung sowie als Drehscheibe eines "virtuellen Zeitgeschichte-Netzwerks". Moderne Präsentation (Ausstellungen, Multi-Media), die Einbringung in die öffentliche Debatte sowie die Wissensvermittlung im Rahmen schulischer und außerschulischer Ausbildung stehen im Vordergrund. Als Ort regelmäßiger Begegnung und Auseinandersetzung mit zeitgeschichtlichen Themen wird das "Haus der Zeitgeschichte" einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der politischen Diskussionskultur in Österreich leisten.

Forschungsdefizite können nicht durch neue Administrationen beseitigt werden. Das "Haus der Zeitgeschichte" soll daher eine Koordinierungsfunktion übernehmen und gleichzeitig – als "virtuelles Institut" – Anlaufstelle und "Clearing House" für wissenschaftliche Einrichtungen, aber auch für Bürger und Behörden sein. Durch die verbesserte Zusammenarbeit bestehender Institutionen sollen Synergien entstehen

und genutzt werden. Durch die Kommunikation auf allen Ebenen tritt es nicht in Konkurrenz zu bestehenden Institutionen, sondern ist Katalysator zur Erzeugung von Synergien.

Forschung

Wissenschaftlich seriöse Erkenntnisse sollen Österreichs Positionierung und Selbstverständnis im Europa des 21. Jahrhunderts festigen. Vielfach bestehen noch Forschungslücken oder ist es – z.B. durch Quellen in Osteuropa – möglich, fehlende Aspekte auf einer weiteren Basis zu bearbeiten als noch vor wenigen Jahren. Dem Vorwurf eines geschönten Umgangs mit der Vergangenheit muss durch Ehrlichkeit und "pro-aktives" Handeln begegnet werden, statt durch Reagieren zur Schadensbegrenzung. Sensible Themen sind durch seriöse (bilaterale) Forschung "außer Streit" zu stellen.

Neue Ansätze der Erinnerungsforschung sollen Österreichs Selbstsicht als "Opfer" beider Weltkriege hinterfragen: die vereinfachte "Opferrolle" half, die (außen-)politische Verantwortung abzuwälzen. Dies gilt für die Rolle vieler Österreicher im Dritten Reich ebenso wie für die oft selektive Erinnerung an die Zeit nach 1945. Eng verbunden ist die nationale Identität. Mehrfache Brüche seit der Monarchie halfen, die Vergangenheit rückblickend verklärt zu sehen, bis hin zur Mitteleuropa-Diskussion der achtziger Jahre oder die jüngsten Debatten über die Neutralität. Historische Erkenntnis kann als Orientierungshilfe dienen. Hinsichtlich des österreichischen Verhältnisses zu Ost- und Südosteuropa sollen die "windows of opportunity" (seit 1989) verstärkt genützt werden.

Das österreichische Selbstverständnis zwischen Ost und West ist von "Sonderfall"- und "Insel der Seligen"-Mythen geprägt – auch hier sollte solide historische Forschung zur Orientierung der Politik beitragen. In der Integrationsgeschichte könnten Fragen nach Österreichs Position in Europa – etwa als "Zentrale" über die Landesgrenzen hinaus oder im "Europa der Regionen" – neue Ansätze, aber auch neue Antworten und Denkmuster vermitteln.

Landesgeschichte wird seit langem an den Universitäten und Archiven sowie auf Vereins- und Kommissionsbasis gepflegt, während die Erforschung der föderalen Strukturen in ihrer politischen und wirtschaftlichen Verquickung deutlich unterentwickelt ist.

Über seriöse historische Biographien wäre eine Vermittlung und Popularisierung der historischen Erkenntnisse möglich. Gerade biographische sowie regionsübergreifende Aspekte fehlen auch im Bereich der Wirtschaftsgeschichte. In der Gesellschaftsgeschichte bestehen Defizite hinsichtlich Migrationsforschung, Legitimitätsproblematik, der Rechtskultur und der Veränderungen seit 1945 sowie der regionalen Entwicklungen.

Erinnerung und Gedächtnis

Die Erinnerungsforschung ist heute eines der bedeutendsten Gebiete historischer Forschung. Wie geht ein Land, ein Volk, eine Nation mit der historischen Erinnerung um? Welche Wendepunkte und identitätsstiftende historische Momente, Ereignisse, Figuren etc. werden gefeiert? Welcher Katastrophen wird gedacht und welche Höhe-

punkte werden als identitätsstiftend zelebriert? Wie entsteht kollektives Gedächtnis? Welches sind die Prozesse der persönlichen Erinnerungsgenese und welche Rolle spielt das Vergessen und das Unterbewusstsein? Wie verläuft die Interaktion zwischen kollektivem und individuellem Gedächtnis?

Solche Fragen wären an die österreichische Erinnerungskultur zu stellen. Zu untersuchen wäre, welche historischen Großereignisse immer wieder zur Identitätsstiftung bemüht werden. Die Erinnerungskultur zur Ersten Republik ist eine andere als die zur Zweiten Republik, doch erfolgte in beiden Fällen die Selbststilisierung Österreichs und der Österreicher als Opfer. Das kommt u.a. daher, dass das Schicksal des Kleinstaates Österreich immer wieder von außen bestimmt wurde (Friedensschlüsse nach den beiden Kriegen, Völkerbundanleihen und Marshall-Plan, "Anschluss" 1938 und Besatzungszeit). Sozialdemokraten haben die Erinnerung an den Februar 1934 gehegt und gepflegt, um ihren besonderen Opferstatus hervorzukehren, während das christlichsozial-bürgerliche Lager den Widerstand des Ständestaates gegen den Nationalsozialismus betont hat, um seinen eigenen Opferstatus zu untermauern.

Beide Lager haben unisono nach 1945 – aufbauend auf einer staatspolitischen Zielen dienlichen Interpretation der Moskauer Deklaration von 1943 – den "Opfermythos" gepflegt und den "Anschluss" in den Mittelpunkt der Erinnerungskultur gestellt. Die staatlich propagierte Erinnerung von Österreich als "erstem Opfer des Nationalsozialismus" erlaubte es den meisten Menschen, sich ins gesamtösterreichische Opferkollektiv einzugliedern, während die aus rassischen, politischen oder geistigen und physischen Motiven Verfolgten im öffentlichen Leben und in der Betrachtung an die Peripherie verbannt wurden. Erst in jüngster Zeit wurde die "Tätergeschichte" in die Erinnerungskultur einbezogen: jüngste Ansätze zur justitiellen Aufarbeitung der österreichischen Nachkriegsvolksgerichtsbarkeit trugen zum tieferen Verständnis bei. Wichtig wäre aber eine Erinnerung, die der realen Erfahrung – ohne Polarisierung in "Täter" und "Opfer", unter Berücksichtigung der vielfältigen Anpassungs- und Überlebensstrategien – ohne Schuldzuweisungen Rechnung trägt. Zeitzeugenbefragungen lassen die Komplexität der österreichischen Erinnerungsstruktur erkennen; sie sind zu forcieren.

Die österreichische Erinnerungskultur arbeitet heute auf vielen Gebieten; die Analyse der heimischen Denkmalkultur ist in den letzten Jahren besonders fruchtbar gewesen. Die Debatten um das Hrdlicka-Mahnmal in Wien und die jüngsten Diskussionen über das geplante Denkmal am Wiener Judenplatz waren Anstoß zur Erweiterung der österreichischen Erinnerung. Der Umgang prominenter Österreicher mit ihrer Rolle im Zweiten Weltkrieg wurde gelegentlich heftig analysiert und erfasste Angehörige aller Lager. Der Bogen reicht vom "Fall Waldheim" über die NS-Vergangenheit einiger Minister im Kabinett Kreiskys sowie des einstigen FPÖ-Chefs Friedrich Peter bis zu den Bemerkungen Jörg Haiders über die "ordentliche Beschäftigungspolitik" im "Dritten Reich" und seiner Rede vor ehemaligen SS-Angehörigen in Krumpendorf. Gerade die erwähnten Beispiele wurden für pauschale, mediale Schuldzuweisungen instrumentalisiert. Nur ein breiter Forschungsansatz und eine breite Analyse, die auch die Rezeption der Themen in der österreichischen Gesellschaft einschließen muss, kann eine historisch abgesicherte Basis für die Zweite österreichische Republik erbringen.

Der Vergleich mit anderen europäischen Ländern, die ähnliche Erinnerungs- und Verdrängungsrhythmen wie Österreich zeigen, wäre besonders wichtig. Dabei geht es

nicht nur um den Umgang mit den Verbrechen des Zweiten Weltkrieges und des "Dritten Reiches", sondern um die Gesamtheit des 20. Jahrhunderts.

Es wäre auch zu fragen, warum gerade die Erinnerung an "Anschluss" und Staatsvertrag in der Zweiten Republik so im Mittelpunkt stand, nicht aber die Erinnerung an bedeutende Beiträge zum wirtschaftlichen Wiederaufbau wie etwa den Marshall-Plan? Warum zelebrieren westeuropäische Staaten den amerikanischen Beitrag zur Rekonstruktion ihrer Wirtschaft in Staatsakten und wissenschaftlichen Konferenzen, nicht aber Österreich? Hier und in ähnlichen Fragen (Stichwort NATO-Beitritt) zeigt sich ein (teils unterbewusster) Anti-Amerikanismus, der bis heute eine selektive Erinnerung propagiert und den amerikanischen Beitrag zu Österreichs Wohlstand und Unabhängigkeit ignoriert. Dieses Phänomen müsste gerade im Hinblick auf die österreichische Identität untersucht werden.

Österreichs nationale Identität

Die nationale Identität Österreichs ist durch mehrere Brüche gekennzeichnet. Die aus der Donaumonarchie abgeleitete österreichische Identität war in erster Linie übernational, mehr an der Dynastie als an einer Nationalität orientiert. Sie wurde in mehreren Etappen überlagert von einem neuen, stark mit "Neutralität" und Sonderrolle im Kalten Krieg verbundenen Österreichbegriff. Die Tabuisierung der in der Zwischenkriegszeit betonten deutschen Identität Österreichs nach 1945 spielte ebenfalls eine Rolle.

Dazu kam eine "Umorientierung": jahrhundertelang richteten sich die "Österreicher" (besser: die Deutsch[sprachig]en in der Monarchie) stärker nach Norden (zum "großen Bruder") und Süden (Toskana, Venetien, Friaul) sowie ostwärts aus (von Polen bis Bosnien-Herzegowina, Albanien und weiter) als nach dem Westen. Dies änderte sich mit dem "Anschluss" 1938, dann mit der alliierten Besatzungszeit 1945-55 bzw. als Reaktion auf den "Eisernen Vorhang". Die politische und militärische, aber auch die kulturelle Westorientierung setzten neue Akzente; dennoch blieb Österreichs Identität mit den Mythen von "Sonderfall" und "Neutralität" einer gewissen Ambivalenz und (oft unbewusster) Reserve und Distanz verhaftet. Wer nach der Rolle der Historiker in der Bewusstmachung dieser internationalen und regionalen Bedingungen und Optionen fragt, muss allerdings ein klares Defizit der historischen Wissenschaften als Orientierungshilfe konstatieren.

In der Mitteleuropa-Diskussion der achtziger Jahre wie in der Europapolitik der neunziger Jahre wurden Österreichs vielschichtige historische Identitäten mehrfach bemüht. In der Rückschau oft idealisiert, sah man in der Vielfalt kultureller, sprachlicher und nationaler Identitäten, die sich im "Haus Österreich" über Jahrhunderte zusammengefunden hatten, nicht mehr den "Völkerkerker", sondern eine Alternative zum Gegensatz der Blöcke im Kalten Krieg, dann – nach der "Wende" von 1989 – auch zu den neuerwachten Gegensätzen zwischen den Nationalitäten in Südost- und Mitteleuropa. So sehr diese Tradition Österreich befähigen sollte, aktiv am Aufbau des gesamteuropäischen Staatensystems mitzuwirken, so gefährlich wäre eine idealisierende bzw. nostalgische Sicht. Immerhin wäre auf die theoretischen Grundlagen zu verweisen, die vor 1914 in der "Experimentierkammer der Weltgeschichte" (Adler, 1922-29) entstanden, auf die Prinzipien der Gleichberechtigung der "Volksstämme", ihrer Sprachen und Kulturen, sowie auf die vielfältigen Modelle der Dezentralisie-

rung, der Selbstverwaltung und die Kombination von territorialer und personaler Autonomie in national durchmischten Gebieten. In gewisser Weise könnte man darin Vorläufer der aktuellen Gedanken für ein "Europa der Regionen" erblicken, die jedoch damals aufgrund eindimensionaler Freiheitsvorstellungen und nationalstaatlicher Interessen nicht in die Praxis umgesetzt werden konnten.

Ebenfalls unter Rückgriff auf die "gute alte Zeit" vor 1914 – wohl auch im Gleichklang mit den Erfordernissen des Fremdenverkehrs – entstand ein weiterer österreichischer Identitätsstrang, der in erster Linie kulturelle Aspekte betont(e), von "Sound of Music" bis zur hoch entwickelten Kunst des Nörgelns. In einem viel beachteten Essay (*Land ohne Eigenschaften*) mutmaßte Robert Menasse (1995), die "österreichische Wirklichkeit" sei eine contradictio in adjecto: "Die Realität in diesem Land zeigt sich auf eine Weise zusammengesetzt, dass alles ununterbrochen in seinem Gegenteil aufgehoben wird und im gesamten nur virtuell als das existiert, was man gerade sehen will." Österreich habe sich, so Menasse, von der Geschichte abgeschottet und versuche dennoch, von seiner Musealität zu leben.

Die nach 1945 neuentwickelte Identität Österreichs war – oft mit dieser "alten" verbunden – am Prinzip: "Nie wieder Krieg!" und einer daraus abgeleiteten aktiven Friedenspolitik im internationalen Kontext orientiert. In der Öffentlichkeit wurde dieser "österreichische Weg" oft mit dem Schlagwort der "Neutralität" verbunden. Zusammen mit der weithin akzeptierten "Opferrolle" Österreichs und dem "Sonderfall"-Mythos entstand so eine Selbstsicht vieler Österreicher, die es heute erschwert, sich den Herausforderungen der neunziger Jahre – jenen der europäischen Integration und des Erstarkens einer europäischen Identität – zu stellen.

Gerade hier zeigt sich die Diskrepanz zwischen – durchaus parallel empfundener – neutraler "Sonderfall"-Doktrin und westlich demokratischer Identität Österreichs. Dabei ist die demokratiepolitische Entwicklung seit 1945 (z.B. parlamentarische Reform, Verstärkung der Elemente direkter Demokratie, Verfassungsreform in den Ländern) in erster Linie westlichen demokratischen Modellen verpflichtet. Eine moderne österreichische Geschichtswissenschaft müsste gerade diesem Paradigmawechsel in der langen österreichischen Geschichte stärker und bewusster Rechnung tragen. Vergleichende Untersuchungen sollten vornehmlich die Entwicklungen in den für Österreich prägenden Staaten – insbesondere den USA, Großbritannien, der Schweiz und den skandinavischen Ländern – sowie deren Einflüsse auf Österreich studieren. Der Vergleich mit Deutschland müsste über die aus der Lage von 1945 entstandene Tendenz zur Distanzierung hinausgehen, um tatsächliche Parallelen und Unterschiede zu verstehen. Dies erscheint um so wichtiger, als Österreich zwar international Ansehen genießt und wirtschaftlich und sozial gefestigt ist, die demokratiepolitische Entwicklung hingegen nachhinkt und damit potentiell instabil wirken kann. Die "versteinerte" Parteienstruktur und Sozialpartnerschaft, die unterentwickelte demokratische Partizipation bzw. der dominante Einfluss von Kammern und Bürokratie in der "Volksvertretung", die mangelhafte bzw. sterile Demokratieerziehung ("Staatsbürgerkunde") sowie die oft kontraproduktive mediale Focussierung (Forderungen nach "Anlassgesetzgebung" und damit de facto nach "mehr Staat") sind potentielle Gefahren für die Demokratie in Österreich.

Zwischen Zentralismus und Föderalismus

Die Bundesländer respektierten in den fünfziger Jahren noch stark die Autorität Wiens in bestimmten Bereichen (Verhandlungen zum Staatsvertrag, wirtschaftlicher Wiederaufbau im Rahmen einer gesamtösterreichischen Industrialisierungspolitik). Seit den sechziger Jahren kam es zum "Aufstand gegen Wien". Die Ereignisse in Fussach (1964) und im Kärntner "Ortstafelstreit" wirkten stark ins Bewusstsein der "Provinz" gegenüber Wien – bis hin zu aktuellen Beispielen wie der Diskussion über den Semmering-Basistunnel. Damit eng verbunden ist das wirtschaftliche "Ost-Westgefälle" in Österreich, das bis heute Auswirkungen der Besatzungszeit erkennen lässt: 80% der Mittel des Marshall-Plans gingen aus geopolitischen Gründen in den Westen und führten zu einer wirtschaftlichen Prosperität, die die peripheren Zonen am "Eisernen Vorhang" bis heute nicht aufholen konnten. Andererseits war Österreich das einzige Land, in dem auch die kommunistisch besetzte Zone am Marshall-Plan teilnahm, letztlich ein entscheidender Faktor, die Teilung des Landes zu verhindern.

Biographie und Zeitgeschichte

Im anglo-amerikanischen Kulturkreis erfährt ein breites Publikum Geschichte vor allem über den biographischen Ansatz und wird davon fasziniert. Einerseits versteht die größere Öffentlichkeit Geschichte primär über die Leistungen großer Persönlichkeiten und ihres Beitrages zur Gestaltung einer Zeitepoche, andererseits eignen sich gerade Biographien gut zum "Aufhängen" historischer Fakten und spielen somit eine wichtige Rolle für die Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnis. Demgegenüber finden Debatten über Themen wie Struktur-, Sozial-, Frauen- oder Minderheitengeschichte und Postmodernismus außerhalb des Fachpublikums nur wenig Interesse. Das gebildete, an Geschichte interessierte Publikum liest in erster Linie Biographien und Politikgeschichte. Sie alle wären neben Hobsbawms (1994) strukturgeschichtliche Erklärung des *Age of Extremes*, des langsamen Todes des liberalen Zeitalters im 20. Jahrhundert, zu stellen.

Demgegenüber ist es um die wissenschaftlich-seriöse Biographie- und Politikgeschichte der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg in Österreich eher dürftig bestellt. Von Klemperers (1976) Seipel-Biographie entstand vor Jahrzehnten – so wie auch Gulicks (1948) bzw. Benedikts (1979) Politikgeschichte. Entscheidende Forschungsimpulse kamen oft aus dem Ausland oder von Außenseitern. Die jüngere heimische Forschung orientiert sich vor allem an gesellschafts- und sozialgeschichtlichen Ansätzen (Hanisch, 1994). Desiderata einer österreichischen Biographiegeschichtsschreibung sind Arbeiten über die führenden Staatsmänner beider Republiken (von Otto Bauer, Engelbert Dollfuß, Kurt Schuschnigg, bis zu den "Gründervätern" nach 1945). Über Karl Gruber als dem Wegbereiter der Westorientierung wird bereits gearbeitet, doch stehen seriöse Schilderungen von Persönlichkeiten wie Julius Raab und Leopold Figl, aber auch von Bruno Kreisky weiter aus. Erfasst sind alle Parteien und Richtungen, vom fehlgeschlagenen Versuch einer Privatisierung und einer Liberalisierung der österreichischen Volkswirtschaft und des Finanzsektors im "Raab-Kamitz-Kurs", über Adolf Schärf und Karl Renner als dem Archetypus des pragmatischen österreichischen Staatsgründers und politischen Überlebenskünstlers durch die dramatischen Zeitbrüche des 20. Jahrhunderts, bis hin zu Kreisky als dem österreichischen Außenpolitiker par excellence, der das Zeitalter der Détente im Kalten Krieg mit beeinflusste Darüber

hinaus aber wäre es an der Zeit für einen ersten Anlauf zu biographischen Versuchen über Franz Vranitzky und Alois Mock, die Österreich nicht nur ungeschoren über die Zeitenwende 1989-91 brachten, sondern auch den langen Weg der schrittweisen europäischen Integration des Landes erfolgreich durchführten. Gerade auf dem Felde der Außenpolitik sind auch hinsichtlich der Biographien Defizite zu verzeichnen – über den Ballhausplatz gibt es nicht einmal ansatzweise Studien, die sich mit den klassischen *Diplomats* messen können. Bezeichnenderweise stammt die einzige derartige Untersuchung über das k.u.k. Ministerium des Äußern nicht von einem Österreicher, sondern von einem amerikanischen Dissertanten.

Österreich und Ostmittel- sowie Südosteuropa

Die Umwälzungen der Jahre 1989-91 waren für Österreich eine historische Zäsur: es rückte vom östlichen Rand der westlichen Welt in die Mitte Europas zurück. Gerade für das Verhältnis zu "Zwischeneuropa", wie es mit dem Zerfall der Donaumonarchie und des Zarenreiches entstanden war, wäre eine historische Perspektive (abseits nostalgischer Verklärung) wichtig. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang auch die Enttäuschung in vielen ost-/mitteleuropäischen Staaten über die negative österreichische Haltung zur EU-Erweiterung. Ähnlich wie in der Haltung zur NATO sind hier enorme Wissenslücken festzustellen, die die Entstehung von Klischées und Vorurteilen fördern.

Wissenslücken betreffen auch die österreichische Geschichte. Hatte sich die Erforschung besonders der österreichischen Nachkriegsgeschichte (Besatzungszeit) bis dahin vorwiegend auf westliche Quellen gestützt, so eröffnete sich nach 1989 gleichsam über Nacht die Chance, den erleichterten Zugang zu Quellen und Archiven in Ost- und Südosteuropa zu nützen. Eine kritische Bilanz des seither vergangenen knappen Jahrzehnts zeigt jedoch, dass die österreichische Zeitgeschichtsforschung diese Chance – abgesehen von wenigen Einzelinitiativen – bisher kaum genutzt hat.

An Themen mangelt es nicht, um nur einige Beispiele zu nennen:

- Wandel und Kontinuität der Mitteleuropa-Idee (vom Zusammenbruch der Habsburger-Monarchie bis zur gegenwärtigen Habsburg-Reflexion in den Staaten Osteuropas), Ausbau bestehender Mitteleuropa-Projekte zu regionaler Schwerpunkt-Forschung;
- Die bilateralen Beziehungen Österreichs zu den einzelnen Ländern des ehemaligen Ostblocks von der Ex-Sowjetunion bis zu den Nachbarn, von den unmittelbaren Nachkriegs-Wirren (z.B. Vertreibung der Sudetendeutschen, Grenzfragen zu Jugoslawien) über die sowjetische Besatzungspolitik (Parallelen zwischen Österreich und den Ostblock-Staaten) bis zur Österreich-Politik der Supermacht Sowjetunion (anhand von Moskauer Archivalien).
- Die Aufarbeitung gewichtiger Einzelaspekte aus der Ära der Konfrontation – auch, um sie politisch und bilateral außer Streit zu stellen (etwa nach dem Beispiel der Studien zur deutschsprachigen Minderheit in Slowenien) – beginnend mit den Geschehnissen entlang des Eisernen Vorhangs über die wechselvolle Kooperation des neutralen Österreich mit dem Ostblock bis hin zu den "neuen Gemeinsamkeiten", den Beziehungen Österreichs zu Ost- und Südosteuropa unter den geänderten politischen und zeithistorischen Bedingungen nach 1989. Ein besonderer Punkt wäre dabei die österreichische Balkanpolitik seit 1990.

Um diese Fülle an Themen zu bewältigen, ist einiges erforderlich:

- Die erwähnten "windows of opportunity" in Ost- und Südosteuropa sind rasch zu nützen, vor allem die Archivquellen, solange ein Zugang (noch) möglich ist (siehe das Tauziehen um russische Beutekunst und Beuteakten).
- Im nationalen Interesse muss danach getrachtet werden, die Österreich betreffenden Bestände in diesen Ländern, sofern sie nicht in österreichische Verwaltung übertragen werden können, zumindest mit modernen Archivierungs- und Kopiermethoden zu sichern.
- Bilaterale Arbeitsgruppen sollen versuchen, Themen von wechselseitigem Interesse aufzuarbeiten und außer Streit zu stellen (z.B. gemeinsame tschechisch-österreichische Aufarbeitung des "Prager Frühlings" bzw. der Ära der Konfrontation Prag-Wien davor und danach). Eine Erneuerung des Konzepts der "bilateralen Geschichtsbücher" (z.B. Österreich-Deutschland und Österreich-Italien) scheint sinnvoll.

Die Zeit drängt: Es ist schon viel Zeit verlorengegangen, Datenbestände in Nachbarstaaten für zeithistorische Aufarbeitung zu sichern. Aber dort, wo Zugang zu Quellen (noch) möglich ist, muss die Chance genützt werden.

Österreich zwischen Ost und West

Seit Ende des Kalten Krieges ("Zeitenwende" 1989-91) hat die internationale Zeitgeschichtsforschung erstmals die Chance, den Ost-West-Gegensatz als historische Epoche zu begreifen und in den größeren Rahmen des "Zeitalters der Ideologien" (Bracher, 1982) einzubetten.

Das Auf und Ab der Ost-West-Auseinandersetzungen zwischen Spannung und Entspannung berührte Österreich wie kaum ein anderes Land, da es – allenfalls Finnland vergleichbar – an der geostrategischen Peripherie der Machtblöcke lag. Während der Besatzungszeit ging der "Eiserne Vorhang" durch Österreich, das in den frühen fünfziger Jahren als das potentielle "Korea Europas" galt. Doch auch nach 1955 berührten die Krisenherde an Österreichs Grenzen (Ungarn 1956, CSSR 1968, Gefahr eines sowjetischen Eingreifens in Jugoslawien/"Polarka") Österreich: zum Problem der Versorgung von Flüchtlingen trat die Gefahr einer Eskalation der sowjetischen Interventionen innerhalb des Warschauer Paktes zu einer Auseinandersetzung zwischen den Blöcken bis zum nuklearen Holocaust, der auch Österreich nicht verschont hätte. Auch entfernter liegende Konflikte (Libanon 1958) wirkten bis nach Österreich.

Julius Raab steuerte als Kanzler einen Kurs der Äquidistanz zwischen den Blöcken, der letztlich in die Staatsvertragsverhandlungen mündete und zum Ende der Besatzungszeit führte. Bruno Kreisky setzte als Außenminister und Bundeskanzler diese Linie fort: Österreichs Außenpolitik war dabei gleichermaßen der Zugehörigkeit zum Westen wie freundschaftlichen Beziehungen zum Osten verpflichtet und fand eine besondere Aufgabe in der Mitarbeit auf der internationalen Bühne. Einige wichtige Erfolge auf diesem Weg waren:

- Einrichtung des Sitzes der Atomenergieorganisation (IAEO) in Wien (1956/57)
- Übernahme des Vorsitzes im UN-Ausschuß für Weltraumfragen (1959)
- Das Wiener Gipfeltreffen zwischen Nikita Chruschtschow und John F. Kennedy (1961)
- Österreichische Mitwirkung am Zustandekommen des Helsinki-Abkommens (1975)

- Während des "Zweiten Kalten Krieges" der achtziger Jahre fanden die ständigen konventionellen Abrüstungsverhandlungen (KSE) in Wien statt.

Mental gesehen führte diese oft missverstandene "Neutralitätspolitik" während des Kalten Krieges zu einer gefährlichen Außenseiterposition ("Insel der Seligen"-Syndrom). Österreich war – anteilsmäßig – Hauptempfänger von Mitteln aus dem Marshall-Plan und profitierte von den Verteidigungsanstrengungen des Westens, ohne die Kosten mitzutragen. Dies kam dem Ausbau des großzügigen heimischen Sozialstaats zugute und brachte Österreich größeren Wohlstand als in so manchen NATO-Staaten, führte aber gleichzeitig zur Vernachlässigung der Verteidigung des eigenen Landes. Hier bestehen im Bereich der politischen, vor allem aber der Militärgeschichte (Verhältnis Österreich-NATO, Österreich-Warschauer Pakt bzw. operative Planungen der beiden Militärbündnisse) noch erhebliche Defizite. Ähnliches gilt für die Tätigkeit der verschiedenen Geheimdienste in Österreich; diesbezügliche Forschungen sind in der Schweiz und in Deutschland weiter gediehen als in Österreich.

Diese Haltung Österreichs ist für das Ausland meist nicht verständlich und wird als "Trittbrettfahrerei" und "Abseits-Stehen" (etwa im Golfkrieg 1991 oder in Somalia 1992-94) interpretiert. Die "Insel der Seligen"-Identität bestimmt(e) auch Österreichs Position etwa hinsichtlich der Errichtung von Atomkraftwerken in den Nachbarstaaten oder bezüglich der – teils zu Recht als vorbildlich empfundenen – Bestimmungen über Umwelt- und Konsumentenschutz, was gelegentlich die Beziehungen zu unseren Nachbarstaaten belastet und die Integration in Europa erschwert und bremst.

Im Kulturellen blieb auch Österreich nicht von der "Amerikanisierung" verschont. Mittlerweile erlebten mehrere Generationen ihre Prägung durch amerikanische Populärkultur (z.B. Jazz und Rock) und vielfältige Einflüsse von Jeans über McDonalds bis zum Internet. Die hiesige Zeitgeschichtsforschung zeigt bei der Aufarbeitung dieser Themen noch gewaltige Lücken. Dies gilt vor allem für größere sicherheitspolitische Themen der Ost-West Auseinandersetzungen (z.B. Militarisierung, Geheimdienste, Nuklearstrategie) – selbst die Neutralitätspolitik überließ die Geschichtsforschung weitgehend den Völkerrechtlern und Politologen! Einige Arbeiten zu Wiederbewaffnung, Marshall-Plan und Kaltem Krieg sind in Österreich überdies bis in die Gegenwart von "vorsintflutlichen" marxistischen Ansätzen beherrscht, die – anderswo längst überwunden – letztlich auf die amerikanischen Revisionisten der sechziger Jahre zurückgehen.

Wirtschaftsgeschichte

Ein großer Teil der Bevölkerung erfährt den Zugang zur Geschichte nicht so sehr über (kaum direkt erlebte) politische Ereignisse, sondern vielmehr – meist unbewusst! – über die Wirtschaft und ihre Entwicklung: Autos, Flugzeuge, Betriebe (Arbeitswelt); Technologie, Küche, etc. Die Geschichte der Wirtschaft hat daher eine breite gesellschaftliche Akzeptanz und ist vielfach identitätsstiftend. Dies gilt für einen Ort – und seinen Betrieb – wie für den Unternehmer in einer Gesellschaft, bis hin zur Präsenz österreichischer Technik und Produkte in der Welt (LD-Stahlverfahren, Palmers, Swarowski, Fischer, Atomic, Plasser & Theuer, etc.).

Die Wirtschaftsgeschichte der österreichischen Nachkriegszeit weist allerdings eklatante Defizite auf. So fehlen breite und neuere Untersuchungen zur Wirtschaft der Zweiten Republik im Überblick, insbesondere über den Außenhandel. Weitere Defizite

betreffen den etappenweisen Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft nach 1945, zur Entwicklung der Sozialpartnerschaft, zu den Folgen des Marshall-Plans, zur Problematik der verstaatlichten Industrie sowie zur Umstrukturierung der Industrie seit 1945. Über die "Highlights" der österreichischen Wirtschaftserfolge, über die parteipolitischen Einflüsse und Verflechtungen in Industrie und Bankwesen, über Wesen und Unwesen des "Kammerstaates", über das "deutsche Eigentum" in Österreich und die schrittweise Westorientierung der Wirtschaft gibt es kaum Untersuchungen, die über Detailstudien hinausgehen. Ebenso fehlen Arbeiten über den österreichischen Unternehmer und zur Geschichte wirtschaftlicher Eliten, aber auch zur Frage der Rohstoffe (Wasser, Erdöl, Holz, Eisen). Der politischen Geschichte der sowjetischen Zone 1945-55 wäre beispielsweise unbedingt eine Wirtschaftsgeschichte an die Seite zu stellen: wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklungen waren stets miteinander verknüpft.

Die Lücken der Forschung sind eng verbunden mit Defiziten bei den Quellen und in der Ausbildung, die im Bereich der Wirtschaftsgeschichte besonders krass sind. Eine Erschließung von Quellen zur österreichischen Wirtschaftsgeschichte muss auf zwei Schienen erfolgen: zum einen sind durch die Öffnung ausländischer – vor allem alliierter – Archive zusätzliche Quellen zugänglich, deren Erfassung und Auswertung als Teil einer nationalen Kraftanstrengung dringend geboten ist. Zugleich müssten die inländischen Quellen gesichert werden: so sollte eine konzertierte Aktion initiiert werden, um die Nachlässe und Handakten bedeutender österreichischer Wirtschaftsführer vor der Vernichtung zu bewahren. Durch Bewusstseinsbildung sollte die dringend erforderliche Sicherung von Firmenakten gefördert werden.

Wünschenswert ist die Bildung von Schwerpunkten hinsichtlich der Ausrichtung der Institute für Wirtschaftsgeschichte an den österreichischen Universitäten (z.B.: Unternehmensgeschichte, verbunden mit der Ausbildung von Wirtschaftsarchivaren, in Wien und Linz; Unternehmergeschichte in Graz und Innsbruck; Handelspolitik in Salzburg, etc.). Dazu gehört auch die Ausbildung und Förderung von Wirtschaftsarchivaren modernen Typs für Firmenarchive – dies wäre auch als Beitrag zur Corporat Identity der Firmen bzw. zur Unternehmenskultur von Bedeutung.

Hinsichtlich der regionalen Wirtschaftsgeschichte wäre den Außenbeziehungen mehr Augenmerk zu schenken: etwa den Kontakten zwischen Steiermark, Kärnten, Oberitalien und Slowenien, oder jenen zwischen Tirol und Vorarlberg mit Süddeutschland, Italien und der Schweiz. Ähnliche Kontakte bestehen zwischen Salzburg, Oberösterreich und Bayern, sowie zwischen Niederösterreich, dem Burgenland, Ungarn und Tschechien sowie der Slowakei. Grundsätzlich wäre eine Ausgewogenheit zwischen derartigen (volkswirtschaftlichen) Makro- sowie (detailorientierten) Mikrothemen wünschenswert, ebenso eine Verstärkung der interdisziplinären Kooperation.

Gesellschaftsgeschichte

Unter dem Gesichtspunkt einer modernen, interdisziplinär ausgerichteten Gesellschaftsgeschichte ist folgendes zu berücksichtigen:

- Die Frage der Periodisierung: politische Zäsuren nach herkömmlichen politischen Gesichtspunkten "korrespondieren" nicht immer mit gesellschaftlichen Strukturen und Mentalitäten ("Trends"). In den offiziellen Geschichtsbildern blieben diese Fragen bisher weitgehend ausgespart und wären verstärkt zu berücksichtigen (Stichwort "Waldheim-Debatte").

- Gesellschaftliche Trends und erkennbare Linien nach 1945: Bis Anfang der sechziger Jahre ist für Österreich ein Dualismus zwischen den aus der Kontinuität des NS-Staates überlieferten und latent (nach)wirkenden "Normen" und den von der ersten Nachkriegsgeneration auf Basis einer neuen Identitätsfindung "produzierten" Erkenntnissen zu konstatieren. Die zunehmende Modernisierung im Einklang mit der immer rascher einsetzenden Massenkultur (Schlagworte: Wirtschaftswunder und Amerikanisierung) zeitigte Verschiebungen in einzelnen Segmenten der österreichischen Bevölkerung. Seit den späten sechziger Jahren wird die Transformation des österreichischen Sozialstaates (Blüte der Sozialpartnerschaft) und des gesellschaftlichen Systems beschleunigt. Seit den achtziger Jahren zeigen sich die ökonomischen Grenzen dieses "Modells Österreich" bzw. des Wohlfahrtsstaates. Hand in Hand damit gehen die sich überlappenden Demokratisierungswellen von "unten" (Bürgerinitiativen, Ökobewegungen, Frauenbewegungen, etc.) seit den siebziger Jahren und die weitere Ausdifferenzierung und Pluralisierung des gesellschaftlichen wie politischen Lebens (Mehrparteiensystem ersetzt das "Zweieinhalbparteiensystem").
- Mit der "Wende" 1989, der Öffnung Osteuropas, dem Beitritt zur EU und der weltweiten Vernetzung ("Globalisierung") in den neunziger Jahren erfährt das gesellschaftliche Bild fundamentale Veränderungen. Im Rahmen einer sich methodisch und theoretisch erweiternden Gesellschaftsgeschichte sollen diese historischen Perioden bzw. Übergänge konkretisiert und transparent gemacht und Charakteristika herausgarbeitet werden.

  Forschungsleitende Fragestellungen und Themenbereiche sind dabei:
- Die demographische Entwicklung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Österreich. Gab es nachweisbare Auswirkungen der "verzögerten Modernisierungsschübe"?
- Die Problematik der politischen wie wirtschaftlichen Migrationen nach dem Zweiten Weltkrieg: Volksdeutsche aus Ost- und Südosteuropa (1945ff), Flüchtlinge des Ungarnaufstandes 1956 und nach dem "Prager Frühling" 1968 sowie aus dem zerfallenden Jugoslawien ab 1991. Unterschiedliche Motive (wirtschaftlich, politisch) und Lösungskonzepte bzw. -ansätze (Gastarbeiterproblematik in den siebziger Jahren, Entwicklung von Aufenthalts-, Asyl- und Arbeitsrecht in den Neunzigern). Veränderungen im Umgang mit den(m) "Fremden", damit verbunden die Frage nach der Integration von Roma und Sinti, sowie zur Stellung der Minderheiten.
- Wie definieren sich Legitimitätsprobleme des herkömmlichen politischen wie gesellschaftlichen Systems unter Berücksichtigung von globalen Entwicklungen; in welchem Ausmaß findet eine öffentliche Rezeption statt?
- Die Frage nach Auswirkungen von konjunkturellen und strukturellen Brüchen – als moderne Zäsuren gesellschaftlichen Wandels (Arbeitsplatzsituation, Wirtschaftswunder und -krisen) – auf das Gesamtbild der österreichischen Gesellschaft.
- Und schließlich: inwieweit werden regionale Eigenheiten und Entwicklungen in den österreichischen Bundesländern durch die Geschichtsforschung bezüglich der Gesellschaftsgeschichte berücksichtigt und wahrgenommen?
- Ein wesentlicher Bereich wurde bislang fast völlig vernachlässigt: Rechtskultur und Rechtsbewusstsein stellen die Grundlage der demokratisch-rechtsstaatlichen politischen Kultur dar. Der Bogen reicht von der Entwicklung der Bürger- und

Menschenrechte über den Rechtsschutz der Bürger und Bürgerinnen bis zur Gleichberechtigung und Gleichbehandlung der Frauen: Themen, die bis in die Gegenwart relevant und aktuell sind, dabei gleichzeitig über Österreich hinausreichen und eine eminent europäische Dimension haben. Zu diesem Problemkreis gehört auch der Missbrauch dieser Rechte – bis hin zur "Instrumentalisierung" der Verfassung durch die jeweiligen Inhaber einer verfassungsändernden Mehrheit im Parlament, wie dies etwa in den USA undenkbar wäre.

Integrationsgeschichte

Die heimische Geschichtsforschung ist stark auf Österreich ausgerichtet. Damit sieht sich die historische Forschung vor ähnliche Herausforderungen gestellt wie Politik und Verwaltung auf allen Feldern: über den eigenen "Rosengarten" bzw. Tellerrand zu blicken. Angesichts der neuen Herausforderungen innerhalb der Europäischen Union ist besonders wichtig: Geschichte schafft Bewusstsein und Verständnis!

- *Österreich in Europa*: Abgesehen von Einzelinitiativen ist Österreichs Rolle in der europäischen Einigung – trotz der führenden Rolle, die Persönlichkeiten wie der "Universal-Österreicher" Richard von Coudenhove-Kalergi etwa in der "Paneuropa-Bewegung" gespielt haben – kaum erforscht und im öffentlichen Bewusstsein wenig verankert. Dazu trug auch die Tradition der nicht wahrgenommenen Chance einer politischen Neuorientierung nach 1918 (stärkere Orientierung an internationalen Ansätzen – Völkerbund – und westlichen Demokratiemodellen) bei. In der Zweiten Republik erwuchs zaghaft – nicht immer freiwillig – eine neue Identität, die stärker international (UNO) und (west-) europäisch geprägt ist. Das Fehlen von Grundlagenarbeit und Information fördert aber die Mythenbildung – wie sich anlässlich der jüngsten Diskussion um die schon im Ansatz falsche Frage "Neutralität oder NATO?" zeigte. Über wissenschaftliche Fachfragen hinaus gewinnt die Forschung hier politische Aktualität.
- *Zentralen und Netzwerke*: Ein besonderes Anliegen sollte die Erforschung der Rolle Österreichs als "Zentrale" in Europa, aber auch darüber hinaus sein – sei es im Rahmen des "Demokratieexports" in den Osten schon vor, besonders aber nach 1989; sei es hinsichtlich der jüngsten Initiativen zur mitteleuropäischen Zusammenarbeit bei Friedenseinsätzen der UNO, um nur zwei Beispiele zu nennen. Die Rolle Österreichs als Akteur und Katalysator im internationalen Geschehen ist bislang kaum gewürdigt worden und daher auch in der Öffentlichkeit wenig bekannt.
- *"Europa der Regionen"*: Erste Ansätze zur regionalen Zusammenarbeit über die Grenzen der Nationalstaaten hinweg reichen noch in die Zeit des Kalten Krieges zurück. 1972 entstand die "ARGE ALP", 1978 die "ARGE Alpen-Adria" und dann die "ARGE Rhône-Alpes". Ein ähnliches Konzept, freilich auf zwischenstaatlicher Ebene, verfolgte die Zentraleuropäische Initiative (CEI; zuerst "Pentagonale", 1990). Neben Länderregierungen und Landtagen spielten Universitäten, Wirtschaftskammern, Schulen, Gemeinden usw. eine wichtige Rolle. Im Rahmen der Europäischen Union fanden diese Ansätze ihre besondere Ausformung im Konzept des "Europa der Regionen". Hier sind zwei gegenläufige Entwicklungen zu verzeichnen: auf der einen Seite "bremsen" die zentralistischen Staaten (Frankreich, Italien) diese Regionalisierungstendenzen; auch der "Ausschuss der Regionen" der EU spielt bisher eine höchst bescheidene Rolle. Andererseits aber tendieren die Länder

– vertreten durch ihre eigenen "Botschaften" – durchaus zur "Umgehung der Zentralen". Letztlich wird sich die Bedeutung der Nationalstaaten durch die Abgabe von Kompetenzen nach "oben" (EU/EG) wie nach "unten" (Länder, Regionen) relativieren und sich das künftige Europa mehrschichtiger darstellen als bisher ("Die post-nationalstaatliche Ära wird die Ära der Regionen sein", vgl. Umberto Ecos (1995) Konzept eines kommenden neuen Mittelalters). Da die Region "bürgernäher" ist, sollte ihr ein gewisser Handlungsvorrang gegenüber der staatlichen und europäischen Ebene zukommen. Der Trend sollte zum teilweisen Souveränitätsverzicht der Staaten zugunsten der regionalen Einheiten gehen, Länder und Gemeinden verstärkt in Eigenverantwortung ihre Aufgaben wahrnehmen. Für Österreich bedeutet dies in den kommenden Jahren die verstärkte Forderung nach mehr Flexibilität und regionaler Kooperation über die Grenzen hinweg, inner- und außerhalb der Europäischen Union.

Quellensicherung: "Rettet die Quellen!": eine nationale Aktion zur Sicherung unserer Geschichte

Voraussetzung für Geschichtsforschung und -schreibung sind Sicherung und Zugänglichmachung der Quellen. Derzeit bestehen große Lücken, die möglichst rasch zu schließen sind: es droht eine Entwicklung, dass durch den Verlust der heimischen Quellen unsere Geschichte nur noch anhand der "Außensicht" (etwa in amerikanischen Akten) geschrieben werden kann!

Während die Politik der Forschung allenfalls Anregungen geben und Wünsche anmelden kann, sieht sie sich hinsichtlich der Quellensicherung direkt gefordert. Amtliche wie nichtamtliche Quellen müssen gesichert und vor der Vernichtung bewahrt werden. Dem soll ein – längst überfälliges – Archivgesetz dienen, um eine geordnete Überleitung von Akten aus der Verwaltung in die Archive zu regeln. Dem Bundes-Archivgesetz hätten entsprechende Regelungen auf Landesebene zu folgen.

Während in den westlichen Demokratien wissenschaftliche Aktenpublikationen inzwischen ein selbstverständliches Instrument der politischen Verantwortung gegenüber dem Bürger sind (selbst die CIA veröffentlicht ihre Akten!), fehlen solche in Österreich für die Zeit nach 1945 fast völlig. Diese sind aber für das historische Bewußtsein wesentlich: Österreichische Geschichte soll nicht nur anhand ausländischer Akten geschrieben werden – wir haben ein Recht auf unsere Geschichte!

Eng damit verbunden ist die Einrichtung entsprechender historischer Forschungsstellen im Außen- und Verteidigungsministerium. Diese sollen über die Koordinierung der Akteneditionen hinaus auch ein institutionalisiertes Gedächtnis gewährleisten, das im operativen Bereich (angesichts der aktualitätsorientierten Arbeit und der häufigen Personalrotationen) weitgehend fehlt.

Begleitende Maßnahmen sollten der Erfassung von nicht-amtlichem Schriftgut, Nachlässen, sowie den Archiven von Vereinen, Handels- und Wirtschaftsbetrieben dienen. Besonderes Augenmerk gilt den immer wichtiger werdenden elektronischen Quellen, Tonträgern sowie Bildquellen verschiedener Art. Hier gelten nicht nur besondere konservatorische Grundsätze, sondern es muss auch die Bewahrung der erforderlichen technischen Infrastruktur ("Hardware") gewährleistet sein.

Schriftgut der öffentlichen Verwaltung

Eine moderne Demokratie hat eine offene Geschichtsschreibung: Zugang zu den Quellen ist Recht des Bürgers, kein Gnadenakt. Archive sind Servicestellen der Demokratie, zugleich aber Stätten wissenschaftlicher Forschung. Beide Aspekte sind in Österreich teils wenig entwickelt. In Österreich arbeiten die Archive derzeit ohne gesetzliche Grundlage. Ein Archivgesetz (seit Jahrzehnten diskutiert) soll – abgestimmt mit Daten- und Personenschutzgesetz – den Zugang gewährleisten: Internationaler Standard sind derzeit gleitende Sperrfristen von 30 Jahren. Ausnahmen gelten nur für konkret identifizierbare Dokumente im nationalen Interesse (Sicherheit, Außenpolitik), für die längere Sperrfristen verfügt werden können, während in besonderen Fällen auch eine Verkürzung dieser Fristen möglich ist. Für Aktenskartierung und Fristsetzungen sind entsprechend Abläufe vorzusehen.

Die rechtliche Grundlage für das Archivgesetz bietet die Bundesverfassung, die ausdrücklich die Bundeskompetenz für das wissenschaftliche Archivwesen festschreibt (Art. 10, Abs. 12). Neben der Zugangsregelung muss dieses Archivgesetz den Übergang von Akten der Legislative, der politischen Exekutive und der Verwaltung (einschließlich nachgeordneter Dienststellen) in das Österreichische Staatsarchiv regeln, einschließlich klarer Bestimmungen zur Übertragung der Verfügungsgewalt. Auf Länderebene wären entsprechende Regelungen zu erlassen.

Möglichst einfache und benützerfreundliche Regelungen sollten hinsichtlich der Verantwortlichkeit für personenbezogene Informationen gelten: grundsätzlich ist der Historiker verantwortlich, wie er mit den Daten umgeht, nicht das Archiv, das die Akten zugänglich macht (Reduzierung des administrativen Aufwandes vor der Benützung). In manchem könnten die Archivbestimmungen der UNO als Anhalt dienen.

Im internationalen Vergleich ist die Zugänglichkeit der Archive ein Indiz für den Grad an demokratischer Reife eines Staates bzw. einer Gesellschaft. Ein wesentlicher Aspekt sind koordinierte Akteneditionen, auch in Form von CD-ROM-Editionen bzw. Datenbanken: diese sollen den Quellenzugang erleichtern und so dazu beitragen, historisches Bewußtsein zu schaffen. Österreichische Geschichte soll nicht nur anhand ausländischer Quellen geschrieben werden – wir haben ein Recht auf unsere Geschichte!

Für die Zweite Republik existieren erst Ansätze für Akteneditionen. Diese sollen anhand eines langfristigen Programmes (zur Vermeidung von Parallelaktionen) über eine Nationalstiftung eingeleitet werden; professionelles Management soll hohe Effizienz gewährleisten.

Außen- und Sicherheitspolitik

Besondere Sorgfalt muß der Aktensicherung in den Schlüsselbereichen der staatlichen Verwaltung gelten. Hier wären begleitende institutionelle Maßnahmen vorzusehen, um den Bedürfnissen der jeweiligen Ressorts, aber auch dem Interesse der Öffentlichkeit Rechnung zu tragen. In den westlichen Demokratien sind derartige Forschungsstellen in den Außen- und Verteidigungsressorts auch für Aktenpublikationen verantwortlich, die in einer Bürgergesellschaft selbstverständlich sein sollten, in Österreich aber weitgehend fehlen: die Veröffentlichung von Akten ist wesentliches Element der Transparenz der Verwaltung und der demokratischen Legitimation der Außenpolitik. Dadurch würde auch die Reaktionsfähigkeit auf aktuelle Vorwürfe bzw. Krisen verbessert.

Eine bessere Erschließung der Außenpolitik ist aus Sicht von Forschung und Diplomatie erforderlich. Anders als in den meisten westlichen Staaten fehlt im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten eine Stelle für quellenbezogene Grundlagenforschung jenseits des aktuellen Betriebs. Dies wäre aber aus zwei Gründen dringend unablässig:

- zum einen könnte ein derartiger historischer Dienst (wie er in den meisten westlichen Außenministerien selbstverständlich existiert) eine solide Basis für die aktuelle Arbeit liefern und so dem alltäglichen "Neu-Erfinden des Rades" entgegenwirken;
- zum anderen sollte diese Stelle die Verfügbarkeit und Aufschließung der Quellen für spätere historische Forschungen sicherstellen.

Ähnliches gilt für die Landesverteidigung. Abgesehen vom kurzlebigen Experiment des "Militärhistorischen Dienstes" (1989-92) fehlt auch im Bundesministerium für Landesverteidigung eine historische Stelle zur Sicherung und Aufbereitung von Quellen, sowie zur aktiven Sammlung von Unterlagen und Interviews. Dies wäre eine grundlegende Voraussetzung für die Erfassung und Erschließung bisheriger Erfahrungen. Derartige militärhistorische Dienste bestehen z.B. in den USA, Israel, Großbritannien, Frankreich oder in Deutschland im "Militärgeschichtlichen Forschungsamt". Die Kosten sind gering im Vergleich zum Gewinn an Information, Transparenz und Bürgernähe.

Nachlässe und nicht-amtliche Quellen/Oral History

Angesichts der Praxis in der politischen Entscheidungsfindung wie der Verwaltung nach 1945 kommt "ergänzenden" Quellen (Nachlässen und Interviews von Zeitzeugen) besondere Bedeutung zu. Diese sollten gezielt und aktiv gesammelt und erschlossen werden. Dies gilt aber nicht nur auf der "Makroebene" der staatlichen Verwaltung, sondern in allen Bereichen. Neben die Sammlung muss eine Vernetzung der Informationen treten, um der Forschung die Möglichkeit zur möglichst umfassenden Ausschöpfung der Quellen zu bieten. Neben den Archiven der Gebietskörperschaften wären auch die Archive anderer Institutionen sowie z.B. von historischen Vereinen zu erfassen. Durch einen möglichst breiten Ansatz soll parallel das Bewusstsein für die Bedeutung von Quellen auf allen Ebenen gehoben werden.

Elektronische Quellen, Bildquellen – Fotos und Film – und andere "dingliche" Quellen

Hier gilt es, jenseits traditioneller "Papierquellen" Informationen zu bewahren, die z.B. nur in Form gespeicherter Datensätze existieren. Für ihre Aufbewahrung und Erschließung gelten Bedingungen, derer wir uns erst langsam bewußt werden. Wenn hier nicht geeignete Maßnahmen getroffen werden, "verschwinden" mit diesen Daten einige Jahrzehnte aus unserem Bewusstsein. So gilt es beispielsweise, durch Konservierung der notwendigen materiellen Infrastruktur ("Hardware") sicherzustellen, dass Daten überhaupt gelesen werden können.

Diese Forderung gilt sinngemäß für Bildquellen. Diesen kommt in unserem "Informa-tionszeitalter" erhöhte Bedeutung zu – gerade sie aber sind besonders gefährdet ("Verfallszeiten" aufgrund des Materialzerfalls etwa bei Filmen). Vor allem hinsichtlich elektronischer und Film-/Bildquellen sind unterschiedliche "de facto"-Archive jenseits der amtlichen Aktendepots anzusprechen. Die Bestände des ORF (der

aufgrund seiner öffentlich-rechtlichen Stellung ohnedies eine besondere Verpflichtung haben müßte, seine Bestände zugänglich zu machen) und anderer Medien, auch kommerzielle Bildarchive, sind Teil unseres nationalen Kulturerbes! Vielfach handelt es sich um "private Quellen", deren Erhaltung und Zugänglichkeit jedoch im öffentlichen Interesse liegt. So droht im Zuge der Umstellung auf digitale Bildquellen der Verlust tausender Fotos aus Zeitungsarchiven: eine "nationale Rettungsaktion" für dieses wichtige Element unseres historischen Selbstverständnisses ist notwendig.

Ähnliches gilt für Archive von Handels- und Wirtschaftsbetrieben einschließlich Banken und Kammern. Gesetzliche Maßnahmen, vor allem aber nicht-gesetzliche Anreize und Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung sollen die Erhaltung, Sammlung und Erschließung dieser Quellen gewährleisten. Die Landesarchive sind aufgerufen, die Anlage und Erschließung von Firmenarchiven zu unterstützen bzw. die für die aktuelle Gebarung nicht mehr benötigten Bestände als Depots zu übernehmen. Die Bedeutung von Archiven für Selbstbewusstsein und "Corporate Identity" von Betrieben wurde anderswo schon früh erkannt.

Diese Maßnahmen betreffen vorerst die Quellen in Österreich selbst, müssen jedoch hinsichtlich der Erfassung und Erschließung der Österreich betreffenden Quellen im Ausland ergänzt werden. Einerseits durch die Förderung von Forschungen vor Ort, andererseits durch die Verfilmung besonders relevanter Akten zwecks leichterer Benützbarkeit in Österreich soll die Quellenbasis erweitert und somit die Erforschung unserer jüngeren Geschichte auf eine möglichst breite Basis gestellt werden. Erst durch die Verschränkung von Eigen- und Fremdsicht ist es möglich, ein umfassendes Bild zu gewinnen und damit der österreichischen Identität Substanz jenseits der Klischées zu verleihen.

Service: ein "Haus der Zeitgeschichte" als historisches und gesellschaftliches Kommunikationszentrum

Die globale Informationsrevolution stellt auch die Zeitgeschichtsforschung vor enorme Herausforderungen. Ein "virtuelles Zeitgeschichte-Netzwerk" soll daher

* alle historisch tätigen Institute, Archive und Vereine vernetzen,
* alle quellensichernden Archive einbinden, sowie
* die Anbindung der österreichischen an die internationale Forschung sichern.

Dadurch entstehen Synergieeffekte und werden Doppelgleisigkeiten vermieden.

Zentrales Element dieses Netzwerks ist ein "Haus der Zeitgeschichte", das Bürgern, Behörden und Medien Anlaufstelle und Plattform für rasche Informationsbeschaffung ist, darüber hinaus durch eigene Aktivitäten Impulse setzt. Dabei geht es um eine ständige Diskussionsplattform als Begegnungsstätte mit breitgefächertem Angebot, weiters um dauernde und Sonder-Ausstellungen zur jüngsten Geschichte. Der Erfolg diesbezüglicher Ausstellungen der letzten Jahre ("Europa schrankenlos" in St. Pölten 1995) zeigt den Bedarf.

Eine weitere Aufgabe ist die praxisnahe Ausbildung junger Historiker und Archivare in "zeithistorischer Archiv- und Editionstechnik". Grundsätzlich soll das "Haus der Zeitgeschichte" nicht bestehende Einrichtungen duplizieren, sondern "subsidiär" tätig werden. Außerdem hilft das "Haus der Zeitgeschichte", bestehende Kommunikations- und Präsentationsprobleme der Wissenschaft durch Hilfestellung bei der

mediengerechten Umsetzung historischer Forschung zu überwinden (letztlich ein Beitrag zur Rechenschaftspflicht staatlich geförderter Forschung gegenüber dem Steuerzahler!). Entsprechende Ausbildungsangebote ("Fachjournalismus") wirken zusätzlich befruchtend.

Die Nutzung technischer Möglichkeiten und neuer Medien im Unterricht ist zu fördern. Neue Medienkoffer und bilaterale Geschichtsbücher sind weitere Schritte, historisches Wissen und Bewusstsein im Unterricht zu vermitteln. In Kooperation mit ausländischen Schülern bietet sich die Möglichkeit, den – teils negativ besetzten – Begriff "Heimat" neu zu definieren, im Sinne einer positiven, über nationalistische Egoismen hinausgehenden innovativen Tradition. Gerade das "supranationale" österreichische Nationsverständnis könnte dazu neue Wege zeigen.

Virtuelles Netzwerk: Vernetzung der Forschung

Die globale Informationsrevolution stellt auch die Zeitgeschichtsforschung vor enorme Herausforderungen: die Forschung ist in rasantem Tempo international geworden. Der Austausch von Forschungsergebnissen mittels internationaler Vernetzung wird zum Standard jeder modernen Wissenschaft. Die Nutzung des Internet für vernetzte Forschung steht erst am Anfang, die Chancen und Optionen sind noch längst nicht ausgeschöpft. In Österreich wurde mit der Vernetzung der österreichischen Bibliotheken, unter Einschluss der Universitätsbibliotheken, ein erster Schritt zu vernetzter Forschung gesetzt. Doch dies kann nur der Anfang einer Entwicklung sein, deren rasanter technischer Fortschritt – siehe Internet – ungeahnte Chancen wissenschaftlicher Nutzung erahnen läßt.

Das Schlagwort jeder vorwärtsgewandten, langfristig planenden Zeitgeschichtsforschung kann nur lauten: "virtuelles Zeitgeschichte-Netzwerk", das folgendes anbieten soll:

- Vernetzung aller in Österreich historisch arbeitenden Institute, Archive und Vereine;
- Einbindung aller quellensichernden Archivstätten Österreichs (auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene) in ein solches Zeitgeschichte-Netzwerk und
- Anbindung der österreichischen an die internationale Zeitgeschichtsforschung.
- Dieses "virtuelle Zeitgeschichte-Netzwerk" bietet Ausblicke für zentrale und gemeinsame Nutzung der österreichischen Zeitgeschichtsforschung:
- Einerseits als Chance, bisherige Kommunikationsprobleme, Doppelgleisigkeiten und Koordinierungsmängel der österreichischen Forschung zu beenden,
- zugleich als Herausforderung, mit vergleichsweise einfachen Mitteln elektronischer Vernetzung die österreichische Geschichtsforschung zusammenzuführen.

Darüber hinaus ist auf die dringende Notwendigkeit der Modernisierung und Adaptierung zeithistorischer Quellen- und Archiv-Sicherung hinzuweisen (Motto: "Vom Papier-Archiv zum Digital-Archiv"). Hand in Hand damit muss eine Neudefinition und Ausdehnung des Begriffs "zeitgeschichtliche Quelle" gehen. Über die Oral History hinaus wären darunter sämtliche Schrift-, Ton- und Bildträger (Audio, Foto, Video, digitalisiert) zu verstehen. Der adäquaten Lagerung und Konservierung, aber auch der entsprechenden Ausbildung der Archivare und Historiker, wäre entsprechendes Augenmerk zu widmen. Zudem eignet sich das "virtuelle Zeitgeschichte-Netzwerk":

- als Plattform für rasche Informationsbeschaffung (für Regierung, Behörden, Medien bis zu privater Abfrage) sowie

- als ständig abrufbare Grundlage für moderne zeithistorische Informationspräsentation im Rahmen des "Hauses der Zeitgeschichte".

Virtuelles Netzwerk: Ständige Diskussionsplattform Zeitgeschichte

Wie kaum ein anderer Wissenschaftszweig ist gerade die Zeitgeschichte geeignet, durch öffentliche Diskussion und Öffentlichkeitsarbeit einen Beitrag zur Aufarbeitung wichtiger Themen der unmittelbaren politischen Vergangenheit zu erbringen. Dazu muß sie sich in Zukunft mehr als bisher der öffentlichen Debatte stellen bzw. sie initieren und so ihren Stellenwert in der Öffentlichkeit stärken. Damit die Wissenschaft als "Klient der Gesellschaft" eine adäquate Gegenleistung erbringen kann, ist eine geeignete ständige Plattform für eine kontinuierliche zeitgeschichtliche Präsentation unumgänglich – eine solche ist aber in Österreich, im Gegensatz zu anderen Staaten, derzeit nicht vorhanden. Das "Haus der Zeitgeschichte" könnte, entsprechend den Erfahrungen mit ähnlichen Instituten etwa in Deutschland (Bonn, Berlin), oder den USA (Holocaust-Museum) eine echte Lücke füllen.

Virtuelles Netzwerk: Ausbildung in zeitgeschichtlicher Archiv- und Dokumentationstechnik

Eine weitere Aufgabe des "Hauses der Zeitgeschichte" wäre – in Ergänzung zu Forschung und Service – das Angebot einer einschlägigen Zusatzausbildung in "zeithistorischer Archiv- und Editionstechnik" (einschließlich Multi-Media). Eine derartige Ausbildung wird derzeit weder im universitären Bereich noch außerhalb von Hochschulen angeboten, wäre aber als Zusatzqualifikation für Historiker, Archivare und Museumskuratoren in einschlägigen Positionen (ähnlich dem amerikanischen Masters-Programm in "historical editing") dringend erforderlich. Grundsätzlich sollen keineswegs bestehende Institutionen dupliziert werden; vielmehr soll die Wissenschaft dadurch neue Impulse erhalten.

Durch diese Vermittlung eines praktisch orientieren Programms zur Ergänzung der eher theoretischen, traditionellen wissenschaftlichen Ausbildung könnten auch für Geisteswissenschaftler die Einstiegschancen in den Beruf verbessert werden. Dadurch kommt diesem Vorschlag eine eminent gesellschaftspolitische Bedeutung zu.

Mediale Umsetzung, Interaktion zwischen Forschung und Öffentlichkeit

Meist mangelt es nicht an präsentablen Forschungsergebnissen, sondern an ihrer adäquaten Aufbereitung für die Medien. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden und zugleich das Interesse der Medien zu wecken und zu verstärken, ist eine Ausbildung der Wissenschaft zu medialer Artikulationsfähigkeit unumgänglich – Stichwort mediengerechte Sprache: ein Lehrgang in moderner Öffentlichkeitsarbeit ist daher für eine Modernisierung österreichischer Forschung im Zeitalter der Informationsgesellschaft und in Zeiten wachsender Informations- und Reizüberflutung dringend anzuraten, weil geboten. Wir verweisen hier auf das Beispiel des Studiengangs "Fachjournalismus Geschichte" an der Universität Gießen (Deutschland) und dessen erfolgreiche Absolventen.

Eine kritische Betrachtung der Wechselwirkung zwischen zeitgeschichtlicher Forschung und öffentlicher Debatte in Österreich zeigt gravierende Kommunikations- und Präsentations-Probleme auf, sei es, dass Wissenschaftler im "Elfenbeinturm" (häufig vergeblich) passiv auf ein "Wachküssen" durch die Öffentlichkeit warten, sei

es, dass sich die öffentliche Diskussion zu wenig um den aktuellen Forschungsstand kümmert.

Zeitgemäße, moderne Präsentation von Forschungsergebnissen muss daher auf mediengerechte öffentliche Umsetzung Rücksicht nehmen und Wert legen: nach dem Gesichtspunkt der Rechenschaftspflicht staatlicher Forschung gegenüber der Gesellschaft. Auch die Zeitgeschichts-Forschung hat – wie jede andere staatlich geförderte Forschung auch – eine Bringschuld an Öffentlichkeitsarbeit.

Nutzung technischer Möglichkeiten und neuer Medien im Unterricht

Das Fach Geschichte ist in allen Schultypen als selbständiges Fach zu führen. Es muß sich im Streit mit verwandten und ergänzenden Fächern bewähren. Lehrstoff- bzw. Wissensvermittlung bleibt dennoch ein wesentliches Ziel. Projektunterricht bietet sich an lokalen Beispielen an, die den gesamten Bereich der Zeitgeschichte umfassen können, bis zu aktuellen und aktuellsten Fragestellungen, wie etwa beispielhaft "Österreichidentität - Europaidentität?" Abgesehen davon wäre es wünschenswert, im Rahmen des Geschichtsstudiums eine Minimalausbildung in Wirtschaftsgeschichte verbindlich vorzusehen.

Wie die meisten geisteswissenschaftlichen Unterrichtsgegenstände bietet auch das Fach Geschichte im multimedialen Zeitalter eine Fülle an Möglichkeiten, neue Wege in der Wissensvermittlung zu gehen, die weit über eine bloße Lehrstoffaufbereitung hinausreichen. Die mittlerweile fast flächendeckende Ausstattung mit Personalcomputern, zumindest an den höheren Schulen, erlaubte es, Lehrinhalte in breiterer und sogar interaktiver Form zu vermitteln. Das gilt sowohl inhaltlich (CD-ROM, DVD) als auch hinsichtlich des Adressantenkreises: mit der Implementierung des Internets liegen Rahmenbedingungen vor, die eine internationale Kooperation und Vernetzung schon in der Schule ermöglicht. Damit einhergehend könnten nicht nur EDV-Kenntnisse praktisch umgesetzt und Fremdsprachen konkret eingesetzt werden, sondern der Nachbar kann im Rahmen des Geschichteunterrichts gleichsam in das Klassenzimmer integriert werden, ohne dass größere Folgekosten daraus entstehen. Für solche Internetpartnerschaften wäre die Geschichtswissenschaft – nicht nur wegen ihres methodischen Instrumentariums des Vergleichs – geradezu prädestiniert.

Lehrbücher, Lehrmittel und didaktische Hilfsmittel

Ein neuer Medienkoffer:

In der zweiten Hälfte der 70er Jahre wurde für den Schulunterricht ein damals auf neuesten wissenschaftlichen und historischen Erkenntnissen aufbauender Medienkoffer "Zeitgeschichte" erarbeitet und für den Schulunterricht zur Verfügung gestellt. Die Entwicklung des Faches Zeitgeschichte mit seinen nicht nur positiven Trends weg von der reinen Fakten- und politischen Geschichte hin zu einer breiteren Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftsgeschichte erfordert eine Überarbeitung des Medienkoffers "Zeitgeschichte" hin zu einem Medienkoffer des 20. Jahrhunderts. Dieser könnte zum Inhalt haben:

- Politische, Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftsgeschichte
- Österreich in Europa; Integration/Desintegration – Globalisierung
- Rolle Österreichs an der Bruchlinie zwischen Ost und West seit 1989
- Moderne und aktuelle Biographien

- Österreich und seine Nachbarn.
  Bilaterale Geschichtslehrbücher:

Als eine wesentliche Aufgabe der Geschichtswissenschaft muss unbedingt die Erarbeitung bilateraler Geschichtsbücher für den Schulunterricht gefordert werden. In Ansätzen existieren solche Versuche bereits für den Alpen-Adria-Raum. Hier liegt ein unermessliches Potential für die Schaffung eines neuen, integrativen Geschichtsbewußtseins im Sinne der Konzeption des Europas der Regionen. Gemeinsame Geschichtsbücher wie Österreich-Ungarn, Kärnten-Slowenien, Österreich-Tschechien-Slowakei, Österreich-Deutschland, aber auch Österreich-Russland/Sowjetunion oder Österreich-Alliierte sind als Beispiele zu verstehen.

Heimat als Chance für eine neue Identität

Im Lichte des Europäischen Einigungs- und Integrationsprozesses, des Fallens der Grenzen, der Diskussion um die Osterweiterung, und der Debatte um ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem gewinnt ein Begriff an Bedeutung, dessen historische Dimension durchaus negative Konnotationen beinhaltet: Heimat. Ein moderner Projektunterricht könnte sich z.B. das Ziel setzen, gerade in Kooperation mit Schülern fremder Länder, einen neuen, innovativen Heimatbegriff zu definieren, der eine moderne Identitätsbildung eröffnet. Die Idee vom "gemeinsamen Haus Europa" könnte eine identitätsprägende Stärke erlangen, die nationale Konflikte im Haus wenigstens eindämmt. Andererseits ermöglicht der Begriff Heimat eine unmittelbarere Wahrnehmung von Veränderungen, wie des historischen und sozialen Wandels der Gesellschaft, des Entstehens neuer sozialer Gruppen oder des nahezu unbemerkten Verschwindens alter sozialer Gruppierungen wie des Bauernstandes. Österreichs Beitrag für ein solches Europa muß nicht als etwas Neues betrachtet werden, es entspricht seiner historischen Tradition. Österreich hatte seit jeher ein supranationales Nationsverständnis und verfügt in dieser Hinsicht über einen reichen Erfahrungsschatz.

Ausstellungen – ein Museum der Zeitgeschichte

Österreich kann mit Recht auf seine Sammlungen von Weltruf stolz sein. Dennoch verfügen wir über kein Museum österreichischer Geschichte. Seit 1945 gab es mehrere Ansätze zur Errichtung eines solchen, die alle scheiterten. Hingegen besteht zweifellos Bedarf an einem modern ausgestatteten, publikumsfreundlichen "Haus der Zeitgeschichte", dessen Ausstellungstätigkeit vor allem der jüngsten Vergangenheit (im gesamteuropäischen Kontext) zu widmen wäre. Gedacht ist an eine permanente Informations- sowie wechselnde aktuelle Spezialausstellung(en). Dieses "Haus der Zeitgeschichte" soll auch im musealen bzw. auf dem Ausstellungssektor als "Clearingstelle" für einschlägige Aktivitäten dienen. Letztlich geht es darum, historisches Bewusstsein – in welcher Form auch immer – zu vermitteln. Wie publikumswirksam dies geschehen kann, beweist ein Blick in den angelsächsischen Kulturraum – aber auch einige österreichische Museen verstehen es mittlerweile, Interesse in allen Schichten der Bevölkerung zu finden. Dies müsste – denkt man etwa an die "National Achives" der USA – auch im Archivwesen möglich sein, das zunehmende Interesse an Familien- und Ahnenforschung etwa könnte als Ansatzpunkt dienen. Der Erfolg gutgemachter einschlägiger Ausstellungen (wie etwa der Schau "Europa schrankenlos" in St. Pölten

1995) beweist den "Markt" für ein derartiges Museum. Dabei ist von einem interdisziplinären, möglichst weiten Ansatz – "Gesellschaftsgeschichte" – auszugehen. Zweckmäßig sollte dieses "Haus der Zeitgeschichte" zuerst Themen der jüngsten Vergangenheit aufgreifen (1989 und das Ende des Kalten Krieges, Österreich in Europa) und erst später frühere Themen der österreichischen Zeitgeschichte darstellen. Gemäß international üblichen Konzepten wäre dieses Museum als Begegnungsstätte mit einem breitgefächerten Angebot (Ausstellungen, Kino, Vorträge, usw.) zu gestalten.

Die hier vorgelegten Ideen sollen auch die Historiker des Berg- und der Hüttenwesens, die Wirtschafts- und Sozialhistoriker sowie darüber hinaus einen breiten internationalen Leserkreis mit der Problematik vertraut machen und zu weiteren Überlegungen anregen.

Literatur

Adler, V. 1922-29. *Aufsätze, reden und Briefe*. Wr. Volksbuchhandlung, Wien.

Benedikt, H. 1979. *Damals im alten Österreich – Erinnerungen*. Amalthea, Wien.

Bracher, K.D. 1982. *Zeit der Ideologien*. DVA, Stuttgart.

Eco, U. 1995. *Kunst und Schönheit im Mittelalter*. Dtv., München.

Gulick, Ch.A. 1948. *Austria from Habsburg to Hitler*. University of California Press, Berkely.

Hanisch, E. 1994. Der lange Schatten des Staates. Ueberreuter. Wien 1994.

Hobsbawn, E. 1994. *The Age of Extremes. A History of the World, 1914-1991*. Guardian, London.

Karner, St. 1999. Haus der Zeitgeschichte. *In*: Karner, S. (ed.), *Österreich Zukunftsreich. Denkpfeiler ins 21. Jahrhundert*. Manumedia, Wien: 431-462.

Karner, St. & Rauchensteiner, M. 1999. *Haus der Geschichte der Republik Österreich (HGÖ). Machbarkeitsstudie im Auftrag des BMUK*. Manuskript, Graz-Wien-Klagenfurt.

Klemperer, K. von. 1976. *Ignaz Seipel*. Styria, Graz-Wien-Köln.

Menasse, R. 1995. *Land ohne Eigenschaften*. Suhrkamp, Frankfurt/Main.